

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Ich bitte nun den Abgeordneten Tschiche von der Fraktion Bündnis 90/Grüne, das Wort zu nehmen.

Tschiche für die Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsdebatte in Demokratien ist der Höhepunkt des parlamentarischen Lebens. Man streitet über Tage, man hat dicke Vorlagen. Was wir hier erleben in der Haushaltsdebatte, ist der Höhepunkt einer Tragödie, nämlich des Abschiedes von der Verantwortung für einen großen Teil unserer Bevölkerung.

Wenn dieser Haushalt so, wie er jetzt vorhanden ist, verabschiedet wird, dann bedeutet das, daß wir diesen Teil des künftigen deutschen Landes den politisch und ökonomisch Mächtigen in der westlichen Welt ausliefern. Wir begeben uns auf einen Weg, der zur Folge haben wird, daß in diesem Land soziale Verwerfungen kommen werden. Wir werden das Armenhaus des künftigen Deutschlands werden, wenn der politische Kurs in dieser Richtung weitergefahren wird. Das ist unbestreitbar!

Und die Schwierigkeit besteht einfach darin, daß im Augenblick offensichtlich die Regierung und auch die Parlamentarier weder willens noch handlungsfähig sind, unsere Interessen stärker zu vertreten.

Manchmal habe ich allerdings den Eindruck, als würden wir zu einer Kolonie dieses gesamtdeutschen Landes, in dem wir einmal aufgehen werden. Wenn ich mir den Haushalt insbesondere und im einzelnen ansehe, dann ist das im Grunde ein Haushalt, der auf Zahlen gebaut ist, die Sand sind, die keine Sicherheit bergen. Die einzige Sicherheit, die wir haben, das sind die Milliarden, die aus dem Westen kommen. Was in diesem eigenen Land aufkommen wird, das wissen wir nicht.

Die Verwertung dieser Mittel ist dadurch behindert, daß sich die Unfähigkeit bestimmter Ministerien paart mit mangelnden Mitteln und mit einer Entschlossenheit, an bestimmten Positionen einen Kahlschlag vorzunehmen. Wenn ich nur daran denke, wie es den Wissenschaftlern in der DDR gehen wird: Es wird zu massenweisen Entlassungen von Wissenschaftlern kommen. Wir werden die kreativen Elemente unserer Gesellschaft lahmlegen. Auf deren Stellen werden die Bundesdeutschen zweiter und dritter Klasse einwandern.

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Das werden wir erleben. Wir werden erleben, daß die Landwirtschaft den Bach heruntergehen wird. Wir werden erleben, wenn im Herbst die Landwirtschaftsbetriebe ihren Konkurs anmelden, daß andere Finanzhaie im Hintergrund stehen und sie aufkaufen. Das wird für die Bundesrepublik zu verheerenden Folgen führen können; denn das wird die Familienbetriebe im Westen stören.

Hier wird immer von der Marktwirtschaft geredet. Das kommt mir vor wie eine heilige Kuh. Ich bitte, daran zu denken, daß in der Bundesrepublik im Blick auf die Landwirtschaft überhaupt nicht an Marktwirtschaft gedacht wird, weil es um politische Interessen geht.

Wenn es also stimmt, daß politische Interessen den Vorrang vor wirtschaftlicher Organisation haben, müssen wir in diesem Lande überlegen, ob die politischen Interessen für die schwache Wirtschaft und für die schwache Landwirtschaft nicht den Vorrang haben sollten vor dieser heiligen Kuh. Das heißt, wir müssen genau überlegen, ob der kalte Sturz ins Wasser ohne Schwimring nicht dazu führt, daß Massen der Bevölkerung ins soziale Abseits und Elend abtreiben.

Es wird auch in punkto Strukturanpassung diskutiert. Es wird uns erzählt: Es ist ein großer Planfonds da. Bis heute gibt es keine Planung. Die Finanzleute stehen vor der Tür und sagen: Warte, warte noch ein Weilchen, bald kommt Hamann auch zu dir.

mit dem kleinen Hackebeilchen macht er Leberwurst aus dir. Das wird das Schicksal unserer Betriebe werden!

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS)

Uns ist von Personen aus der Rüstungslobby hier in der DDR gesagt worden, daß ein Vertreter eiskalt erklärt hat: Noch seid ihr uns zu teuer. - Nichts ist mit Schwestern und Brüdern, das Geld entscheidet im Grunde. Wir brauchen die Solidarität aller. Wir müssen uns zusammenschließen, daß wir im zweiten Staatsvertrag die Konditionen verbessern. Es wird keinen anderen Weg geben; ich weiß das wie Sie. Nur: Wir sollten uns zur Wehr setzen.

Nehmen wir das Beispiel der Infrastrukturanpassung. Es gibt einen Riesentopf. Es ist gesagt worden, er enthalte 3 Milliarden. Aber es gibt keine Prioritätenliste. Wer am lautesten schreit, ist offenbar am ehesten dran. Keiner weiß, wie wo was ausgewählt werden soll.

Oder nehmen wir das Beispiel des Sozialen. Es wird eine Lösung für Kurzarbeiter angeboten. Es ist hier schon gesagt worden: Die Umschulungsmaßnahmen stehen nicht im Plan. Es steht wahrscheinlich auch nicht drin - vielleicht habe ich es übersehen -, welchen Ausgleich es im sozialen und industriellen Bereich geben soll.

Wir sehen also an allen Ecken und Punkten: Es wird Geld fehlen. Wir haben ein Berufsschulgesetz verabschiedet. Das Folgegesetz kommt im Herbst. Es kostet 200 Millionen DM. Sie sind nicht da. Uns ist gesagt worden, die Rechner in der Bundesrepublik hätten eine halbe Milliarde Anschubfinanzierung für die Renten vergessen. Ich weiß nicht, ob das stimmt; es ist jedenfalls gesagt worden.

Insgesamt ist auch von der Bundesrepublik der Staatsvertrag mit einer außerordentlichen Hast realisiert worden. Die Folgen dieses Staatsvertrages haben wir vor uns. Es ist ein Staatsvertrag, der dazu geführt hat, daß wir sozusagen im Eilzugtempo die Rechte unserer Bürger für Geld verkaufen, nämlich die Rechte auf ein sozial gesichertes, kulturell ausgebautes, wissenschaftlich orientiertes Leben.

Und ein letztes: Meine Damen und Herren! Wenn ich Ihnen zuhöre, habe ich den Eindruck, die Welt besteht nur aus Europa. Ich habe jetzt mit Afrikanern gesprochen, und die reden von uns in Europa als Imperialisten - wir begeben uns in eine Gesellschaft, und wir erfahren es am eigenen Leibe -, die rücksichtslos ihre monetären und politischen und schließlich auch wirtschaftlichen Interessen durchsetzen und wir steigen in diese Ungerechtigkeitsgesellschaft mit ein.

So lange ich politisch tätig bin, werde ich das nicht verschweigen. Sonst würde ich mich von den Wurzeln entfernen, mit denen wir in diesem Land gegen das System gekämpft haben, das moralische Ansprüche erhob und denen nicht entsprach. Danke.

(Beifall von Bündnis 90/Grüne und PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter Tschiche! Gestatten Sie eine Anfrage?

(Zuruf Tschiche: Ja.)

Dr. E s s l e r (CDU/DA):

Herr Abgeordneter! Nennen Sie mir bitte einen Wissenschaftler, der bisher entlassen worden ist in der DDR.

(Unruhe im Saal)

Tschiche (Bündnis90/Grüne):

Es ist so, daß wir das von überall hören. Also ich habe z. B. jetzt in Eisenach mit jemandem gesprochen, der in einem wissenschaft-